

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindegemeinderäte des Bezirks.



Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk.

Erscheint seit 1846.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. Erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 90 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2.85 ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21548. - **Gemeindeverbandsgirokassa Bischofswerda** Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verfeinerungseinrichtungen - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Grundzeile (Zm. No. 25) oder deren Raum 25 Pfg., örtliche Anzeigen 25 Pfg. Im Tegeteil (Zm. No. 17) 75 Pfg. die 6spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. - **Ämtliche Anzeigen** die 6spaltige Zeile 60 Pfg. - Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Die neuen Bedingungen der Entente.

Deutschlands völlige Versklavung.

Bern, 3. März. (B. I. B.) Lyoner Blätter geben heute in einer Pariser Meldung eine Grundlage der Bedingungen, die von dem alliierten Ausschuss der Pariser Konferenz für die Verlängerung des Waffenstillstandes zugrunde gelegt worden sind. Die deutschen Heeresbestände dürfen danach 200 000 Mann nicht übersteigen. Leitung und Ausrüstung dieser Truppen sind strengen Regeln unterworfen. Artillerie und Flugwesen werden aufs äußerste überwacht und dürfen die von den Alliierten festgesetzten Grenzen nicht überschreiten. Den in Deutschland im Betrieb erhaltenen Kriegswerkstätten wird ein Höchstmaß der Produktion vorgeschrieben sein. Ein internationaler Inspektionsausschuss wird eine ständige Kontrolle der Truppen und Fabriken durchführen. Die deutsche Flotte, einschließlich der Kriegsschiffe, wird völlig beschlagnahmt, sowohl die internierten wie die im Bau befindlichen Schiffe. Alle Verteidigungsanlagen an der Ostküste müssen zerstört werden. Die überseeischen Aabel deutscher Gesellschaften gehen in den Besitz der Alliierten über. Deutschland hat auf die Dauer von 30 bis 50 Jahre eine jährliche Summe von 10 bis 20 Milliarden an einem internationalen Finanzanschluss zu zahlen, der die Modalitäten der Zahlungsweise zu regeln hat. Voraussetzungen werden besondere Steuern zur Abtragung der Schulden Deutschlands herangezogen werden und außerdem die Ertragssteuern der deutschen Völler. Die augenblickliche Belegung des Rheinflusses wird während dieser Zeit voll aufrechterhalten bleiben. Eine aus ethnischen und strategischen Erwägungen festgesetzte Demarkationslinie wird Deutschland und Polen sowie Deutschland und Österreich trennen.

Nach anderen Meldungen soll Wilson die vorstehenden Bedingungen bereits gebilligt haben, obwohl sie geradezu einen Faustschlag in das Antlitz der Berechnung darstellen und einen bitteren Hohn auf die Wilsonschen 14 Punkte bilden. Statt der Völlererhöhung errichtet der Verband einen Balkan im Innern Europas, Haß und Rachedurst werden in Deutschland ins Ungemessene steigen, wenn sich die traurigen, niederdrückenden Folgen des Wilsonschen „Völlerertragsfriedens“, den das deutsche Volk so harmlos vertraute, immer fühlbarer machen werden.

Der maßlose Hohn.

Weimar, 4. März. (Priv.-Tel.) Von Marshall Foch ein Telegramm empfangen, in dem bei den heute in Spa beginnenden neuen Verhandlungen die sofortige Auslieferung des Restes der deutschen Handelsflotte ohne Rücksicht auf die Lebensmittelversorgung Deutschlands gefordert wird.

Schiffe sind heute das wertvollste Objekt, das ein Staat überhaupt besitzen kann. Wir brauchen unsere Schiffe auch noch späterhin zur Herbeischaffung der Rohstoffe und werden nur dann in der Lage sein, einigermaßen mit dem Ausland konkurrieren zu können, wenn wir in Bezug auf die Frachten auch nicht dem englisch-amerikanischen Diktat zu gehorchen brauchen.

Abreise der deutschen Unterhändler nach Spa.

Berlin, 3. März. (B. I. B.) Die deutschen Unterhändler für die am 4. März, nachmittags 6 Uhr, beginnenden Verhandlungen über das Lebensmittel-, Schiffsverkehrs- und Finanzabkommen sind heute abend vom Anhalter Bahnhof nach Spa abgereist.

Neue Erpressungen.

Berlin, 4. März. (B. I. B.) Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Auf vielfache Anfragen, insbesondere auch von Arbeiter- und Soldatenräten, ob in der neutralen Zone Soldaten, Arbeiter- und Volkstruppen gestattet seien, hat die deutsche Waffenstillstandskommission die Alliierten um Auskunft erbeten. General Dandau hat nunmehr darauf erklärt, daß Soldaten, Arbeiter- und Volkstruppen, auch wenn die Angehörigen keine Militärpersonen seien, in der neutralen Zone gebildet werden.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit, infolge des dauernden Streiks und der inneren Unruhen in Deutschland, ist trotz aller gegenseitigen Bemühungen erhebliche Verzögerung in der Abgabe der landwirtschaftlichen Maschinen an die Alliierten eingetreten. General Dandau will sich infolgedessen alles vorbehalten, was als Strafe für die verzögerte Abgabe des landwirtschaftlichen Materials der deutschen Regierung auferlegt werden könne. Ihm gegenüber wies der Vorsitzende der deutschen Kommission darauf hin, daß die deutsche Regierung alles tue, um die Lieferung durchzuführen.

Keine Vertagung der Nationalversammlung.

Weimar, 4. März. (B. I. B.) Wie wir von zuverlässiger Seite hören, hat sich das Kabinett in seiner heutigen Sitzung gegen eine Vertagung der Nationalversammlung ausgesprochen.

(Es schwebten Verhandlungen, in anbetraht der gegenwärtigen Lage die Nationalversammlung auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die bürgerlichen Parteien vertreten den Standpunkt, daß die Vertagung eine unüberwindliche Schwäche wäre, und es ist erfreulich, daß auch die Regierung zu dieser Erkenntnis gekommen ist.)

Weimar, 4. März. (B. I. B.) Nach den Beschlüssen des Ältestenausschusses der Nationalversammlung soll diese Dienstag nachmittag die 1. Lesung des Verfassungsgesetzes beenden und darauf eine Pause in den Völlsungen eintreten lassen, um den größeren Kommissionen, vor allem der Verfassungskommission Zeit zu ihren Beratungen zu geben. Der Präsident wird die Ermächtigung erhalten, die nächste Völlsung einzuberufen, sobald die Sozialisierungsvorlage dem Hause zugegangen ist. Es wird damit gerechnet, daß die nächste Völlsung bereits am Montag der kommenden Woche stattfinden wird.

Belagerungszustand über Groß-Berlin.

Berlin, 3. März. (B. I. B.) Um die Mehrheit der wertvollen Bevölkerung Groß-Berlins vor den terroristischen Anschlägen einer Minderheit zu schützen und vor Hungernot zu bewahren, hat das preussische Staatsministerium für den Landespolizeibezirk Berlin, für Spandau, Teltow und Nieder-Barnim den Belagerungszustand erklärt. Die vorliegende Gewalt geht auf den Oberbefehlshaber in den Marken Reichswestmünster Noske über, der in Ausführung des Belagerungszustandes besondere Verordnungen erläßt, sowie an die Bevölkerung eine Warnung vor Verbrechen und Ausschreitungen mit dem Hinweis auf die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte richtet.

Knappe Mehrheit für den Generalstreik in Berlin.

Berlin, 3. März. (B. I. B.) In der heutigen Sitzung der Berliner Arbeiterräte wurde ein Antrag der Kommunisten auf Erklärung des Generalstreiks durch Unterzeichnung der Unabhängigen mit knapper Mehrheit gegenüber den geschlossenen Stimmen der Rechtssozialisten und Demokraten in sehr unübersichtlicher, tumultuöser Verammlung angenommen.

Halle von Regierungstruppen erfüllt.

Weimar, 3. März. (B. I. B.) Wie aus Halle berichtet wird, ist es dort zu ersten Kämpfen und zu mancherlei Gewalttaten, auch gegen Offiziere gekommen. Ein Offizier wurde in einer Arbeiterversammlung im Rathaus misshandelt, so daß er schwer daneberlag. Die Sache eines anderen ist in der Saale anhängig worden. Heute früh ereignete die Kämpfe mit der Erklärung des Theaters ihren Höhepunkt und ihr Ende. Auf die Erklärung folgte die Erklärung des Belagerungszustandes. Seitdem herrscht in Halle Ruhe.

Heute ist in Weimar ein Zug aus Wittenberg eingetroffen, der den Weg über Halle nehmen konnte.

Halle, 4. März. (B. I. B.) Bei der Befehung durch die Regierungstruppen kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Straßenkämpfen. Aus der Charlottenschule flossen die ersten Schüsse. Daher mußten die Truppen zu ihrer eigenen Sicherheit ebenfalls von den Maschinengewehren Gebrauch machen. Am Sonntag plünderten die Unabhängigen eine Reihe von Läden und Geschäften, am Markt, wo es ebenfalls zu Schießereien kam. Die Zerstörungen an den Gleisanlagen sind so schwer, daß an die Wiederherstellung der Bahnverbindungen vorläufig keine Aussicht besteht. Nach bisheriger Feststellung hatten die Landesjäger einen Toten und 10 bis 12 Verwundete. Die Verluste der Unabhängigen scheinen erheblich schwerer zu sein.

Aber die Kämpfe in Halle bis zu Montag früh veröffentlicht die Unabhängige „Leipz. Volksztg.“, die von Montag ab keine regelmäßige Ausgabe mehr hat, sondern nur noch ein zweifoliges Nachrichtenblatt herausgibt, eine längere Darstellung, der wir folgendes entnehmen: Am Sonnabend 2 Uhr mittags rückten Regierungstruppen in Stärke von vier Kompanien unter Führung des Generalmajors Rörler von Merseburg in Halle ein. Sie besetzten die Artilleriefabrik und den Bahnhof, bemächtigten sich dann der Post und drangen bis zum Marktplatz vor. Als dort ein größerer Trupp den Versuch machte, die rote Fahne vom Rathaus herunterzuholen, stürzte sich eine erregte Menge auf die Soldaten, entriß ihnen die Gewehre und warf die Maschinengewehrwagen in die Saale. Ein Kraftwagen mit zwei Offizieren wurde umgestürzt und der eine von ihnen in die Saale geworfen, wo er ertrank. Heftige Leikämpfe wurden am Sonntag tagsüber und in der Nacht zum Montag geführt, die sich momentlich zwischen der Post und dem Theater abspielten, das von Matrosen besetzt war. Die Regierungstruppen verwarnten bei diesen Kämpfen Minenwerfer. Am 1 Uhr morgens war die militärische Lage in Halle vollkommen verworren. Die Stadt hat schwer gelitten. In den großen Geschäftsstraßen sind sämtliche Geschäfte völlig ausgeplündert. Ganze Warenhäuser sind bis unter das Dach ausgeraubt. Berge von Glasplittern, Verpackungsmaterial, Flaschenscherben und Warenresten liegen in den Straßen. Noch in der Nacht zum Montag waren die Plünderer eifrig an der Arbeit. Die Geschäftsstraßen bieten ein unbeschreibliches Bild. Viele Ziellisten haben während der Ereignisse das Leben eingebüßt. Die Verluste der Regierungstruppen sind nach der Volkszeitung sehr hoch. Ein Teil von ihnen sei desertiert. Die Volkszeitung macht für die Zerstörungen und Plünderungen die Regierungstruppen verantwortlich, die den Widerstand der halleischen Sicherheitswehr und der Arbeiterchaft herausgefordert hätten.

Der Generalstreik in Leipzig.

Die Streiklage war in Leipzig gestern Montag gegen die Vortage wenig verändert; nur macht sich in der Bevölkerung eine große Erregung bemerkbar, die durch die Nachrichten über die Kämpfe am Sonntag in Halle hervorgerufen ist. Eine Beendigung des Generalstreiks ist vorläufig noch nicht zu erwarten. - Die Generalversammlung des Leipziger Gewerkschaftsbundes hat den streikenden Arbeitern ihre Sympathie ausgesprochen. Der Vorsitzende des Komitees Schilling wurde in die Streikleitung delegiert. - Der Leipziger Bürgerausschuss verbreitete ein Flugblatt, in dem gegenüber falschen Ausstreuungen festgestellt wird, daß die Bürger nur zur Abwehr notgedrungen in den Gegenstreik eingetreten sind. Der Bürgerausschuss wendet sich gegen jede Anebelung der Pressefreiheit, wie sie zurzeit von den Radikalen in Leipzig durchgeführt wird, und zwar zugunsten der „Leipziger Volkszeitung“. Der Bürgerausschuss und die ihm angeschlossenen großen Verbände seien fest entschlossen, den Gegenstand durchzuführen, bis Ruhe und Ordnung wiederhergestellt sind.

Die arbeitswilligen Eisenbahner.

Leipzig, 3. März. (B. S. L.) Der Arbeitsausschuss der arbeitswilligen Eisenbahner läßt ein Flugblatt verteilen, in dem die arbeitswilligen Eisenbahner die Wiederaufnahme des gesamten Eisenbahnverkehrs fordern. In dem Flugblatt heißt es u. a.: Die Verhandlungen der arbeitswilligen Eisenbahner mit der Streikleitung der Eisenbahner haben ergeben, daß die Streikleitung nur die Beförderung von Be-